

den Katastrophenschutz betrifft, erinnert der Bundesrat an das Umweltschutzgesetz, das am 1. Januar 1985 in Kraft trat und das mit seinen Verordnungen gerade für Industrie und Gewerbe strenge Vorschriften mit sich bringt. Die Brandkatastrophe von Schweizerhalle hat 1986 gezeigt, dass zusätzlich zu den ursprünglich vorgesehenen Verordnungen eine Störfall-Verordnung auszuarbeiten und das Umweltschutzgesetz, wo nötig, zu ergänzen ist. Diese Arbeiten sind im Gange. Der Bundesrat wird auch in Zukunft neue Ergänzungen oder Änderungen vorschlagen, wenn neue ökologische Erkenntnisse deren Notwendigkeit belegen.

Le président: L'interpellateur n'est que partiellement satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

86.122

Interpellation Loretan

Schutz der Greina-Hochebene

Protection de la haute vallée de la Greina

Wortlaut der Interpellation vom 8. Dezember 1986

Nach dem Verzicht auf das Greina-Wasserkraftwerk stellen sich Probleme in zweifacher Hinsicht: die definitive Unterschutzstellung und die angemessene Abgeltung der betroffenen Gemeinden. Ich frage in diesem Zusammenhang den Bundesrat:

1. Ist der Bundesrat bereit, das Gebiet der Greina-Hochebene ins BLN-Inventar gemäss Artikel 5 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) aufzunehmen?

2. Anerkennt der Bundesrat die Notwendigkeit, dass sich die Eidgenossenschaft an den Kosten einer definitiven Unterschutzstellung der Greina-Hochebene beteiligen sollte, sei dies durch eine Einlage in einen Abgeltungsfonds zugunsten der hoheitsberechtigten Gemeinden Sumvitg und Vrin, sei es auf eine andere Weise (Art. 13 NHG)?

Texte de l'interpellation du 8 décembre 1986

L'abandon du projet de construction d'une centrale hydroélectrique à La Greina soulève le problème de la mise sous protection définitive du site et d'une indemnisation équitable des communes touchées.

C'est pourquoi je demande au Conseil fédéral

1. s'il est prêt à inscrire la haute vallée de la Greina dans l'inventaire fédéral des paysages (IPF) prévu par l'article 5 de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage;

2. s'il reconnaît que la Confédération se doit de participer aux frais qu'occasionnerait la décision de placer la haute vallée de La Greina sous protection; cette aide pourrait par exemple prendre la forme d'une contribution destinée à indemniser les communes de Sumvitg et de Vrin (art. 13 de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage).

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aregger, Aubry, Auer, Basler, Bircher, Bühler-Tschappina, Cavadini, Chopard, Cincera, Columberg, Dünki, Eggli-Winterthur, Eisenring, Eng, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Sursee, Flubacher, Frey, Früh, Giger, Grassi, Grendelmeier, Günter, Jeaneret, Kohler Raoul, Kühne, Lanz, Longet, Lüchinger, Maeder-Appenzell, Massy, Mauch, Meizoz, Müller-Bachs, Müller-Meilen, Müller-Wiliberg, Nef, Oester, Pfund, Rubi, Ruffy, Rutishauser, Sager, Savary-Vaud, Schüle, Segmüller, Seiler, Spälti, Steinegger, Vannay, Wanner, Weber-Monika, Weder-Basel, Wellauer, Wyss, Zwingli, Zwygart

(58)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Weite Kreise der Bevölkerung haben mit Erleichterung und Freude vom Entscheid der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) und der Rhätischen Werke für Elektrizität AG (RW) Kenntnis genommen, auf das seit Jahren heftig diskutierte Wasserkraftwerk in einer einmaligen Landschaft zu verzichten. Dieser Verzicht auf eine seit 1958 rechtskräftig erteilte Konzession ist den beiden Gesellschaften hoch anzurechnen, auch wenn sie den Umweltschutzorganisationen – darunter auch der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege (SL) – mindestens teilweise die «Schuld» an dieser für die beiden Bündner Gemeinden Sumvitg und Vrin schmerzlichen Operation zugeschoben haben.

In die Genugtuung über diesen Entscheid mischt sich das Bedauern mit den Berggemeinden Sumvitg und Vrin, denen nun seit Jahren erwartete, beträchtliche Einnahmen wegfallen. Ihnen muss – in diesem Ausnahmefall – geholfen werden. Einen Anspruch auf eine angemessene Abgeltung haben aber Gemeinden primär nicht infolge von Kraftwerkverzicht, sondern im Sinne eines volkswirtschaftlichen Ausgleichs für den dauerhaften Schutz einer Landschaft im nationalen Interesse.

Die Basis hat ein hochherziger Spender gelegt, der die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege (SL) zugunsten der Erhaltung der Greina-Hochebene mit 1 Million Franken ausgestattet hat. Dieser Betrag reicht aber für eine angemessene Abgeltung der beiden Gemeinden nicht aus. Die SL wird sich auf dieser Basis um die Aeuftung eines entsprechenden Fonds bemühen. Sie ist aber dafür auf die Unterstützung des Kantons Graubünden, des Bundes sowie der grossen Mitgliederorganisationen des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes angewiesen. Anzusprechen wird aber letztlich jeder Stromkonsument sein, denn es war und ist ja vieler Leute Meinung, dass die Landschaft der Greina nicht in einem Stausee versinken solle

Das Gebiet der Greina befindet sich im KLN-Inventar «Greina-Piz Medel». Die Landschaft ist von eindeutig nationaler Bedeutung, so dass sich die Aufnahme ins BLN-Inventar offensichtlich aufdrängt. Dies wird denn auch die Grundlage dafür abgeben, dass sich der Bund an den Kosten eines dauerhaften Schutzes der Greina-Hochebene beteiligen kann. Eine der möglichen Rechtsgrundlagen dafür findet sich in Artikel 5 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966 sowie in Artikel 14 der Vollziehungsverordnung vom 27. Dezember 1966. Sollte sich der Kanton Graubünden – wider Erwarten – ausserstande erklären, einen Beitrag zu leisten, erlaubt Artikel 14 Absatz 2 der Vollziehungsverordnung die Leistung eines Bundesbeitrags ausnahmsweise auch ohne Beitrag eines Kantons oder einer anderen öffentlichrechtlichen Körperschaft. Im Falle der Greina-Hochebene, und weil es sich um einen Verzicht auf ein rechtskräftig konzessioniertes Wasserkraftwerk handelt (der auch dem Kanton Graubünden Ertragsausfälle bringt), liesse sich eine Ausnahme rechtfertigen. Dies um so mehr, als sich Private an den Aufwendungen für einen dauerhaften Schutz beteiligen.

Es wäre indessen eine Illusion zu glauben, dass weitere namhafte Beiträge an eine Fonds-Lösung oder an eine andere Art zur angemessenen Abgeltung der hoheitsberechtigten Gemeinden zustandekommen, wenn sich nicht der Bund gleichsam als «Flaggschiff» beteiligt. Nur so wird sich ein dauerhafter Schutz erreichen lassen. Es kann hier auf die Rettung der Oberengadiner Seenlandschaft verwiesen werden; an dieser erfolgreichen Aktion hat sich der Bund seinerzeit finanziell massgebend beteiligt.

Es versteht sich von selbst, dass in nächster Zeit insbesondere mit den Gemeinden Sumvitg und Vrin Gespräche aufzunehmen sind. Die SL wird dies mit Unterstützung der Bündner Regierung anstreben. Es ist primär Sache dieser Gemeinden aufzuzeigen, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form die angesprochene Abgeltung erbracht werden soll. Es darf auf keinen Fall der Eindruck einer «Almosen»-Aktion entstehen. Den Gemeinden ist aber auch

klarzulegen, dass die Spendefreundlichkeit der angesprochenen Kreise u. a. auch davon abhängen wird, ob der Schutz der Greina definitiv sein wird.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 16. März 1987

Rapport écrit du Conseil fédéral du 16 mars 1987

1. Gemäss Artikel 5 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451) stellt der Bundesrat nach Anhören der Kantone Inventare von Objekten mit nationalem Bedeutung auf. Durch die Aufnahme eines Objekts wird dargetan, dass dieses in besonderem Masse ungeschmälert zu erhalten oder jedenfalls grösstmöglich zu schonen ist (Art. 6 NHG). Mit Verordnung vom 10. August 1977 (SR 451.11; AS 1977 1962) erliess der Bundesrat das Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) mit einer ersten Serie von Objekten, welcher am 19. Dezember 1983 (AS 1983 1942) eine zweite folgte. Die Vorarbeiten für die Aufnahme einer dritten Serie von Objekten ins BLN sind im Gange. Der Bundesrat prüft im Rahmen dieser dritten Serie die Aufnahme der Hochgebirgslandschaft Greina-Piz Medel ins BLN.

2. Der Bundesrat ist gewillt, sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten an den Kosten einer definitiven Unterschutzstellung der Greina-Hochebene zu beteiligen. Die Art und Weise der Unterschutzstellung und ihrer Finanzierung sowie die Kostenverteilung bedürfen noch sorgfältiger Abklärungen mit Kanton, Gemeinden und Organisationen des Natur- und Heimatschutzes.

Le président: L'interpellateur est satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

86.152

Interpellation Longet

Oekotoxische Substanzen.

Kontrollmassnahmen

Substances écotoxiques.

Renforcement des mesures de contrôle

Wortlaut der Interpellation vom 15. Dezember 1986

1. Es ist heute sehr dringlich, dass die über 65 000 chemischen Verbindungen, die gegenwärtig auf dem Markt erhältlich sind, auf ihre Umweltschädlichkeit hin beurteilt werden.

1.1. Wieviele Substanzen sind in den Verzeichnissen nach Artikel 5 der Stoffverordnung enthalten?

1.2. Die Beurteilung der alten Stoffe auf ihre Umweltschädlichkeit hin scheint sich nach den Artikeln 14 ff. der Stoffverordnung und nach dem Anhang 2.2 dieser Verordnung im wesentlichen auf eine Zusammenfassung der heute bekannten Beeinträchtigungen von Mensch und Umwelt zu beschränken. Sollte dies zutreffen, so wäre diese Massnahme völlig ungenügend. Hält es der Bundesrat nicht für wichtig, jeden Stoff auf die ökotoxologischen Risiken hin zu beurteilen, die mit seiner Herstellung, Lagerung, Verwendung und Beseitigung verbunden sind?

1.3. Bis wann glaubt man, die ökotoxologische Beurteilung der alten Stoffe abschliessen zu können?

1.4. Welches sind die zusätzlichen finanziellen, technischen und personellen Mittel, welche diese Aufgabe auf kantonaler und eidgenössischer Ebene erfordert?

1.5. Welche Hilfe, namentlich im Bereich der Methodik, glaubt das Bundesamt für Umweltschutz, jenen leisten zu können, an die sich diese Verordnung wendet, um die Beurteilung der alten Stoffe zu beschleunigen?

1.6. Welche Konsequenzen werden für die Verwendung, die Herstellung usw. eines Stoffes gezogen, der sich als umwelt-

gefährdend erweist (vgl. Art. 1 der Verordnung: vorsorgliche Begrenzung der Umweltbelastung)?

2.1. Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, die einzige Möglichkeit, den Menschen und seine Umwelt wirksam vor einer allgemeinen Vergiftung zu schützen, liege in einem Ausbau des Systems der Positivlisten? Sieht er zumindest Stoffkategorien (namentlich nach dem Beispiel der Zusatzstoffe für Nahrungsmittel), für die sich der Erlass solcher Listen aufzudrängen scheint?

2.2. Wie gedenkt der Bundesrat, die Forschung und die Entwicklung von Stoffen zu fördern, die anerkanntermassen unschädlich sind, und die – besonders im Bereich der landwirtschaftlichen Hilfsstoffe – die gefährlichen Stoffe ablösen können?

3. Meint der Bundesrat nicht, die Ausfuhr von Stoffen, die in der Schweiz nicht zugelassen sind, sollte verboten werden?

4. Wie gedenkt der Bundesrat, die Bestrebungen auf internationaler Ebene, die ökotoxischen Stoffe einer Kontrolle zu unterstellen, konkret zu verstärken?

Texte de l'interpellation du 15 décembre 1986

1. L'évaluation de l'écotoxicité des quelque 65 000 composés chimiques actuellement disponibles sur le marché revêt aujourd'hui une urgence particulière.

1.1. Combien de substances sont-elles comprises dans les listes citées à l'article 5 de l'ordonnance sur les substances?

1.2. L'évaluation de l'écotoxicité des substances existantes, à teneur des articles 14 et suivants de l'ordonnance susmentionnée, et de son annexe 2.2, semble se limiter essentiellement à faire le point sur les atteintes connues sur l'homme et l'environnement. Si tel devait être le cas, il s'agirait là d'une mesure totalement insuffisante. Le Conseil fédéral n'est-il pas d'avis qu'il importe d'évaluer pour toute substance les risques d'écotoxicité que comporte sa production, son stockage, son emploi et son élimination?

1.3. Dans quel délai pense-t-on pouvoir achever l'évaluation de l'écotoxicité des substances existantes?

1.4. Quels sont les moyens supplémentaires, financiers, techniques, et en personnel, que cette tâche nécessite, aux plans cantonal et fédéral?

1.5. Quelle aide, notamment méthodologique, l'OFPE pense-t-il pouvoir apporter aux destinataires de l'ordonnance en vue d'accélérer l'évaluation des substances existantes?

1.6. Quelle est la conséquence tirée pour l'emploi, la production etc. d'une substance dès lors qu'il apparaît qu'elle présente un risque d'écotoxicité (cf. art. 1 de l'ordonnance: principe de prévention)?

2.1. Le Conseil fédéral ne considère-t-il pas que la seule solution permettant de protéger efficacement l'homme et l'environnement d'un empoisonnement général consiste à développer le système des listes positives? A tout le moins, voit-il des catégories de substances (à l'exemple des additifs alimentaires, notamment) pour lesquelles l'édiction de telles listes paraît s'imposer?

2.2. De quelle manière le Conseil fédéral entend-il intensifier la recherche et le développement de substances reconnues inoffensives, en vue de prendre la relève de substances dangereuses, notamment dans le secteur des auxiliaires de l'agriculture?

3. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas qu'il convient d'interdire l'exportation de substances non autorisées en Suisse?

4. Comment le Conseil fédéral envisage-t-il concrètement d'intensifier les efforts entrepris sur le plan international dans le sens du contrôle des substances écotoxiques?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Borel, Braunschweig, Christinat, Euler, Fankhauser, Friedli, Gloor, Lanz, Nauer, Pitteloud, Rechsteiner, Renschler, Ruffy, Stappung, Uchtenhagen, Vannay (17)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce à développer son intervention mais demande une réponse écrite.

Interpellation Loretan Schutz der Greina-Hochebene

Interpellation Loretan Protection de la haute vallée de la Greina

| | |
|---------------------|--|
| In | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung |
| Dans | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale |
| In | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr | 1987 |
| Année | |
| Anno | |
| Band | II |
| Volume | |
| Volume | |
| Session | Sommersession |
| Session | Session d'été |
| Sessione | Sessione estiva |
| Rat | Nationalrat |
| Conseil | Conseil national |
| Consiglio | Consiglio nazionale |
| Sitzung | 16 |
| Séance | |
| Seduta | |
| Geschäftsnummer | 86.122 |
| Numéro d'objet | |
| Numero dell'oggetto | |
| Datum | 19.06.1987 - 08:00 |
| Date | |
| Data | |
| Seite | 1013-1014 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 20 015 536 |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.